

Inhalt

Übersicht über die Jahrestagungen des Instituts für Berg- und Energierecht, jeweils mit den Herausgebern	5
Vorwort des Herausgebers	9
Die zweite Phase der Energiewende: Wettbewerbsrechtliche Rahmenbedingungen für eine ökonomisch verantwortbare Fortführung der Energiewende	
Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Franz Jürgen Säcker	11
I. Einleitung	11
II. Grenzen für nationale EE-Förderung im Hinblick auf das Beihilfenrecht	15
III. Wettbewerbskonforme Sicherstellung ausreichender Reservekraftwerkskapazitäten	18
1. Problematik in der „zweiten Phase“	18
2. Ausschreibung neuer Kraftwerkskapazitäten für den Reservekraftwerksbedarf nach § 8 ResKV	19
IV. Zusammenfassung	24
EEG-Reform und Energiebinnenmarkt	
Prof. Dr. Jörg Gundel	27
I. Einleitung: Das Spannungsverhältnis von Erneuerbaren-Förderung und Energiebinnenmarkt	27
II. Rückblick auf die Weichenstellungen der PreussenElektra-Entscheidung	29
1. Die Ausgangspunkte von PreussenElektra	29
2. Beihilfenrecht: Neubewertung des Systems oder Wandel der Rechtsprechung?	29
3. Freiheit des Warenverkehrs: Zeit für eine Neubewertung?	33
III. Die Ebene des Sekundärrechts	34
1. Die Zurückhaltung der Erneuerbaren-Richtlinien	34
2. Konsequenzen für die Anwendbarkeit von Beihilfenrecht und Grundfreiheiten?	35
IV. Die neuere EuGH-Rechtsprechung	37
1. Territorial begrenzte Fördersysteme auf dem Prüfstand der Warenverkehrsfreiheit	37
2. Rückwirkungen auf die anderen Problemfelder	42
V. Ergebnisse	44
Die Debatte zum „Ob“ und „Wie“ eines neuen Strommarktdesigns	
Dr. Marco Nicolosi	45

Netz- und Anlagenplanung im Energiesektor: Lehren aus dem BVerfG-Urteil in Sachen „Garzweiler II“?

Prof. Dr. Norbert Kämper	57
I. Einleitung	57
II. Das Garzweiler II-Urteil des BVerfG vom 17.12.2013	57
1. Die Verfassungsbeschwerden	58
2. Die faktische Situation	59
3. Ablauf der Braunkohlenplanung	59
4. Kernaussagen des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 17.12.2013	64
III. Auswirkungen des Urteils auf die Netz- und Anlagenplanung im Energiesektor	71
IV. Schlussbemerkung	74

Dezentralisierung durch (Re-)Kommunalisierung? Konzessionsvergabe, -verträge und -abgaben im juristischen Kreuzfeuer

Rechtsanwältin Dr. Cornelia Kernel	75
I. Verpflichtung zur diskriminierungsfreien Vergabe von Wegenutzungsrechten nach § 46 Abs. 2 EnWG	75
II. Inhaltliche Anforderungen an eine diskriminierungsfreie Vergabe von Wegenutzungsrechten gem. § 46 Abs. 2 EnWG	78
1. Verfahrensbezogene Anforderungen	78
2. Materielle Anforderungen	78
3. Zulässige Auswahlkriterien	80
III. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen §§ 19 Abs. 2 Nr. 1 GWB, 46 Abs. 1 EnWG	81
1. Nichtigkeit des geschlossenen Konzessionsvertrages	81
2. Geltendmachung der Nichtigkeit durch unterlegene Bewerber nicht ausgeschlossen	83
3. Ausschluss des vertraglichen Netzübertragungsanspruchs	84
IV. Konsequenzen für die Konzessionsvergabe in den Kommunen	84